

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/13849 –**

Polizei- und Zolleinsätze im Ausland

Vorbemerkung der Fragesteller

Auslandseinsätze von Polizeibeamtinnen und -beamten entwickeln sich immer mehr zu einem Mittel deutscher und EU-Außenpolitik. Die Militärdoktrin der Europäischen Union, die so genannte Europäische Sicherheitsstrategie, sieht ausdrücklich den kombinierten Einsatz militärischer und ziviler (d. h. auch polizeilicher) Mittel vor, um „einen besonderen Mehrwert“ zu erzielen.

Diese Entwicklung ist aus mehreren Gründen besorgniserregend.

So leistet sie der Vermischung von polizeilichen und militärischen Zuständigkeiten Vorschub. Die Grenzen zwischen Polizei und Militär drohen zu verschwimmen. Das gilt umso mehr, als gerade bei Einsätzen in Kriegs- und Krisengebieten Polizisten immer wieder in lebensbedrohliche Situationen kommen. Diese dienen dann wiederum als Legitimation für eine Aufrüstung der Polizei bis hin zu Überlegungen, schwerbewaffnete Einheiten der Bundespolizei speziell für Auslandseinsätze aufzustellen.

Hinzu kommt, dass für polizeiliche Auslandseinsätze keinerlei parlamentarische Zustimmung erforderlich ist. Je nach Rechtsgrundlage ist noch nicht einmal die Information des Bundestages vorgeschrieben. Damit wird ein wichtiger Bereich der Außenpolitik der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Bedenklich ist dies vor allem wegen der gerade bei Einsätzen in Kriegs- und Krisengebieten stets vorhandenen Eskalationsgefahr.

Ähnliches gilt für Einsätze von Zollbeamtinnen und -beamten. Auch für ihre Entsendung ins Ausland ist keine Zustimmung des Bundestages erforderlich.

Mit einigem Unverständnis bewerten die Fragesteller die Tatsache, dass die Bundesregierung auf die bisherigen einschlägigen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. keine Angaben zu sicherheitsrelevanten Vorfällen machen konnte oder wollte, denen deutsche Polizeibeamte in ihren Missionen ausgesetzt waren. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. gehört die Erfassung solcher Vorfälle zur Sorgfaltspflicht der Bundesregierung.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Kleine Anfrage beinhaltet Fragen, die im Wesentlichen identisch sind mit den Fragen der Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. vom 1. September 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10182), vom 20. November 2008 (Bundestagsdrucksache 16/11009), vom 9. Dezember 2008 (Bundestagsdrucksache 16/11341) und vom 22. April 2009 (Bundestagsdrucksache 16/12773). Zur Vermeidung von Wiederholungen wird insoweit auf die Antworten der Bundesregierung vom 17. September 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10252), vom 8. Dezember 2008 (Bundestagsdrucksache 16/11314), vom 5. Januar 2009 (Bundestagsdrucksache 16/11548) und vom 11. Mai 2009 (Bundestagsdrucksache 16/12968) verwiesen. Veränderungen werden ergänzend dargestellt.

1. An welchen bi- und multilateralen Missionen sind derzeit deutsche Polizistinnen und Polizisten (bitte auflisten nach Bundesländern, Zugehörigkeit zu Bundespolizei/BKA) sowie Zollbeamtinnen und -beamte beteiligt?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

	Stärken (Stand 29.07.09)												
	UNMIK	EUPM	EUMM GEO	UNMIL	UNMIS	UNAMID	EUPOL COPPS	EU BAM Rafah	EU BAM MD/UA	Dt. Pol.Beraterteam/ GPPT AFG	EUPOL AFG	EULEX	
Bundespolizei	0	2	12	3	1	4	0	1	7	35	10	14	
BKA	0	2	1	0	0	0	0	0	0	4	2	6	
Zoll	0	0	0	0	0	0	0	1	6	0	0	0	
Länderpolizeien	1	10	7	2	4	0	3	0	0	43	24	56	
Gesamt	1	14	20	5	5	4	3	2	13	82	36	76	261

- a) Welche rechtliche Grundlage hat die Mission, wer ist Missionsträger bzw. wer hat ggf. das Mandat erteilt, welche Mandatsobergrenze ist vorgesehen, und welche tatsächliche Gesamtstärke hat die Mission derzeit?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Mit Inkrafttreten des Beamtenstatusgesetzes (BeamStG) hat sich die nationale Rechtsgrundlage wie folgt geändert: § 20 BeamStG i. V. m. § 60 BeamStG, § 8 des Bundespolizeigesetzes (BPolG) für Länderbeamte und § 29 des Bundesbeamtenstatusgesetzes (BBG), § 8 BPolG für Bundesbeamte.

Mission	Derzeitige Gesamtstärke Polizei/Zoll
UNMIK, Kosovo	9
UNMIL, Liberia	1214
UNMIS, Sudan	671
UNAMID, Sudan	1954
EUPOL AFG, Afghanistan	175
EU BAM MD/UA, Moldau/Ukraine	117
EULEX, Kosovo	1211
EUPOL COPPS, Paläst. Autonomiegebiete	26
EU BAM Rafah	26
EUPM BuH, Bosnien-Herzegowina	134
EUMM, Georgien	300

- b) Welchen Auftrag haben die Polizistinnen und Polizisten sowie Zollbeamtinnen und -beamten?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- c) Wann wird die Mission voraussichtlich beendet sein?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Mission	Derzeitiges Mandatsende
EULEX KOSOVO	14. Juni 2010
UNAMID SUDAN	31. Juli 2010

2. Wie viele deutsche Polizistinnen und Polizisten (bitte aufgliedern nach Bundesländern, Zugehörigkeit zu Bundespolizei/BKA) bzw. Zollbeamtinnen und -beamte sind dabei jeweils eingesetzt?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- a) Welche konkreten Aufgaben verrichten sie dort (bitte jeweils die einzelnen Personalzahlen angeben)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- b) An welchen Orten sind sie eingesetzt?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- c) In welchen Stäben, Einrichtungen und Stellen sind sie tätig (bitte jeweils die einzelnen Personalzahlen angeben)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Deutsches bilaterales Polizeiberatererteam Afghanistan:

Anzahl	Bund/Land	Einsatzort	Tätigkeit
9	BPOL	Kabul, Kunduz, Mazar-e Sharif und Feyzabad	Leitender Polizeiberater, Projektkoordinatoren
3	BKA	Mazar-e Sharif, Feyzabad	Projektkoordinatoren
1	Hessen	Kunduz	Projektkoordinator
1	Baden-Württemberg	Mazar-e Sharif	Leitender Koordinator Nord
1	Schleswig-Holstein	Mazar-e Sharif	Koordinator PTC
1	Berlin	Kunduz	Projektkoordinator
2	Sachsen-Anhalt	Mazar-e Sharif, Feyzabad	Projektkoordinatoren
2	Nordrhein-Westfalen	Mazar-e Sharif, Kabul	Projektkoordinatoren
1	Rheinland-Pfalz	Kabul	Projektkoordinator
1	Hamburg	Kabul	Projektkoordinator

- d) Wie bewertet die Bundesregierung die Relation von Mandatsobergrenze, derzeitigem tatsächlichem Gesamtumfang und dem Umfang der deutschen Beteiligung?

Deutschland beteiligt sich mit einer Gesamtstärke von 261 eingesetzten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten/Zollbeamtinnen und -beamten angemessen.

- e) Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung eine Veränderung hinsichtlich der Art und/oder des Umfangs der deutschen Beteiligung, und bis wann soll diese umgesetzt sein (bitte ggf. konkrete Angaben und Zahlen zu den einzelnen Missionen geben)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Das Bundeskabinett hat am 1. Juli 2009 beschlossen, die seit 2005 bzw. 2007 bestehende deutsche personelle Unterstützung für die Mission der Vereinten Nationen in Sudan (UNMIS) und die von den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union gemeinsam geführten Mission in Darfur (UNAMID) mit einem für beide Missionen gültigen Kabinettsbeschluss zusammenzuführen. Der Beschluss beinhaltet die Entsendung von künftig bis zu insgesamt zwanzig (bisher fünfzehn) deutschen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in beide vorgenannte Missionen.

3. Wie viele Verbindungsbeamtinnen und -beamte des BKA halten sich derzeit in welchen Ländern auf (bitte jeweils die Einsatzländer und -orte sowie die zugehörige Zahl von Beamtinnen/Beamten angeben)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Land/Ort	Anzahl der Verbindungsbeamten
Litauen/Vilnius	0
AFG/Kundus	1

4. Wie viele deutsche Polizeibeamte werden derzeit im Ausland als
a) Dokumentenberater,

Gegenwärtig sind 31 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte der Bundespolizei als Dokumenten- und Visumberater eingesetzt.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen zu den bisher dargestellten Einsatzorten sind nachfolgend dargestellt:

Zu den Einsatzländern siehe folgende Übersicht:

Land/Ort	Anzahl
Algerien, Algier	1
Katar, Doha	1
Kuwait, Kuwait	1
Marokko, Rabat	1
Pakistan, Islamabad	1
Tunesien, Tunis	1

b) Sicherheitsbeamte,

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

c) grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte,

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

d) Unterstützungskräfte sowie Berater in Fragen der Grenzsicherheit eingesetzt (bitte jeweils, d. h. zu jedem Unterpunkt, Einsatzland und -ort sowie die Zahl der eingesetzten Polizeibeamten nennen und angeben, ob sie vom BKA, der Bundespolizei oder einer Länderpolizei gestellt werden)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Gegenwärtig sind zwei Polizeibeamte der Bundespolizei als Langzeitberater (Resident Twinning Advisor) im Rahmen von EU-Twinning in Kroatien (Zagreb) und Bulgarien (Sofia) eingesetzt.

5. Wie viele deutsche Polizeibeamte wurden bislang in diesem Jahr im Rahmen der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (FRONTEX) eingesetzt

a) als Dokumentenberater im Rahmen welcher Operationen und an welchen Standorten,

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

b) als Mitarbeiter in der Warschauer Zentrale (bitte mit der jeweiligen Funktion auflisten),

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

c) als Teilnehmer von Operationen zur Überwachung und Kontrolle der Außengrenzen, die deutsches Gerät aus der FRONTEX-„tool box“ bedienen (bitte mit Einsatzstandort und jeweiligem Tätigkeitsprofil),

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Im Rahmen der gemeinsamen FRONTEX-Operation Nautilus wurden vom 5. bis 23. Juni 2009 zwei seeflugtaugliche Helikopter, Typ Super Puma, der Bundespolizei im Seegebiet von Malta sowie zwei Helikopter EC 155 anlässlich der gemeinsamen FRONTEX-Operation Neptune vom 13. bis 30. Juli 2009 im Raum Szeged/Ungarn eingesetzt.

d) als Mitglied der „Rapid Border Intervention Teams“ (RABIT),

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

e) und welche Melde- und Berichtswege zwischen diesen Beamten und deren deutscher Führungsstelle bestehen für die einzelnen operativen Bereiche?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

6. Wie viele deutsche Polizeibeamte werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Rahmen der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (FRONTEX) eingesetzt
- a) als Dokumentenberater im Rahmen welcher Operationen und an welchen Standorten,

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- b) als Mitarbeiter in der Warschauer Zentrale (bitte mit der jeweiligen Funktion auflisten),

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- c) als Teilnehmer von Operationen zur Überwachung und Kontrolle der Außengrenzen, die deutsches Gerät aus der FRONTEX-„tool box“ bedienen (bitte mit Einsatzstandort und jeweiligem Tätigkeitsprofil),

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Operation	eingesetzte Beamte	Tätigkeitsprofil	Einsatzort
Saturn	2	Verhinderung der unerlaubten Migration	Kakavia, Grenze Griechenland/Albanien

Beide Polizeivollzugsbeamte der Bundespolizei sind für die dritte Phase der gemeinsamen FRONTEX-Operation Saturn mit einem tragbaren Wärmebildgerät ausgestattet.

- d) als Mitglied der „Rapid Border Intervention Teams“ (RABIT)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

7. Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor bezüglich sicherheitsrelevanter Vorfälle, in die deutsche Polizistinnen und Polizisten sowie Zollbeamtinnen und -beamte bislang in diesem Jahr involviert bzw. denen sie ausgesetzt waren?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

8. Wie bewertet die Bundesregierung die politische und militärische Gefährdungslage in den jeweiligen Einsatzgebieten?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Politische Lage:

UNMIK, EULEX (Kosovo):

UNMIK war gelegentlich Zielscheibe politischer Angriffe, zuletzt insbesondere im Nachgang zu den schweren Ausschreitungen in Mitrovica im März 2008. Im Übrigen blieb die Sicherheitslage in Kosovo trotz vereinzelter, aber lokal begrenzter gewalttätiger Demonstrationen insgesamt stabil. Die Ende 2008 erfolgte Übernahme eines Großteils der UNMIK-Aufgaben in den Bereichen Justiz und Polizei durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)-Rechtsstaatsmission EULEX Kosovo ist planmäßig vonstattengegangen.

UNMIL (Liberia):

Insgesamt hat der Friedensprozess seit Einrichtung von UNMIL Fortschritte gemacht. Die politischen Verhältnisse in Liberia bleiben aber fragil. Die für 2011 anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen werfen bereits ihre Schatten voraus. Nach allgemeiner Einschätzung besteht derzeit aber nur ein geringes Risiko, dass die VN-Mission in einen gewaltsamen Konflikt verwickelt werden könnte. Die Reduzierung der Truppenstärke von UNMIL wurde zuletzt Ende Juni im VN-Sicherheitsrat diskutiert und der Großteil der Mitglieder hat sich für eine weitere Reduzierung der Truppenstärke ab Oktober 2009 ausgesprochen.

UNAMID/UNMIS (Sudan):

Die Lage in Darfur ist weiterhin instabil. Es gibt bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und Rebellen, Übergriffe auf Flüchtlingscamps und kriminelle Angriffe auf Transporte, Personen (Vergewaltigungen, Raubüberfälle und Diebstähle), wovon auch UNAMID betroffen ist. Die Darfur-Friedensverhandlungen unter Vermittlung von AU/VN-Chefvermittler Djibril Bassolé und der Regierung von Katar sind derzeit blockiert. Problematisch sind auch die andauernden Spannungen zwischen Sudan und Tschad.

Auch die Sicherheitslage im Einsatzgebiet von UNMIS im Südsudan ist angespannt, insbesondere wegen einer Reihe aufflammender tribaler Konflikte. Der Nord-Süd-Friedensprozess zur Umsetzung des Umfassenden Friedensabkommens (CPA) im Sudan geht, wenn auch stockend, voran, wobei der Schwerpunkt auf den für 2010 geplanten Wahlen liegt.

EUMM (Georgien):

Die Sicherheitslage im Einsatzgebiet der EUMM ist ruhig, aber nicht stabil; es kommt zu Zwischenfällen. Nach Mandatsende der OSZE- und VN-Mission ist EUMM die einzige internationale Mission in Georgien; der Zugang zu Abchasien und Südossetien ist für EUMM nicht möglich.

EUPOL/Deutsches bilaterales Polizeiberaterenteam (Afghanistan):

Innerhalb des zivilen Wiederaufbaus Afghanistans messen die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft dem Aufbau und der Ausbildung der Polizei zentrale Bedeutung bei. Ziel ist, die Sicherheitsverantwortung im Land schrittweise an funktionierende afghanische Institutionen zu übertragen. Dazu leisten EUPOL und das bilaterale deutsche Polizeiberaterenteam wichtige Beiträge. Die Sicherheitslage bleibt in Afghanistan stark angespannt, die Bedrohung ist unverändert erheblich. Bei der Verteilung auf die einzelnen Provinzen wird das aus den Vorjahren bekannte Bild der „Zweiteilung Afghanistans“ bestätigt. Mehr als 90 Prozent der Vorfälle entfallen auf den Süden und Osten (hier insbesondere auf die Provinzen an bzw. nahe der pakistanischen Grenze), weniger als zehn Prozent auf den Westen, den Norden und die Landeshauptstadt Kabul. Der Raum des Provincial Reconstruction Team (PRT) Kunduz ist und bleibt durch Aktivitäten der gegnerischen Kräfte (Opposing Military Forces) stark gefährdet. Hier haben sich die sicherheitsrelevanten Zwischenfälle im Vergleich zum Vorjahr auch deutlich erhöht.

EU BAM (Moldawien):

Die Republik Moldau bekennt sich zur Lösung des Transnistrienkonflikts auf friedlichem Wege über Verhandlungen und hat einer Lösung des Konflikts auf militärischem Wege eine klare Absage erteilt. Die Sicherheitslage in der Republik Moldau ist ruhig. Nach den erneuten Parlamentswahlen vom 29. Juli 2009 ist nicht mit Ausschreitungen wie im April dieses Jahres nach den Wahlen vom 5. April 2009 zu rechnen. Eine Gefährdung ausländischer Missionen liegt nicht vor.

EUPOL COPPS/EUBAM (Palästinensische Autonomiegebiete):

Die Bemühungen zum Wiederanstoß des Nahostfriedensprozesses werden fortgeführt. Es besteht grundsätzlich uneingeschränkte Bewegungsfreiheit innerhalb der Westbank für Angehörige der Polizeimission. Aufgrund des immer wieder in bewaffnete Auseinandersetzungen eskalierenden Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern sowie wegen des innerpalästinensischen Konfliktes zwischen Hamas und Fatah liegt aktuell auch im Westjordanland ein erhöhtes Sicherheitsrisiko vor. Missionsangehörige sind aufgefordert, Punkte gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern und zwischen palästinensischen Fraktionen zu meiden. Darüber hinausgehende spezifische Risiken bestehen für die Polizeimission aber nicht.

Im Gazastreifen gilt für Zivilisten eine Reisewarnung. Seit dem Ende der israelischen Militäroffensive am 18. Januar 2009 gilt im Gazastreifen eine fragile Waffenruhe, Verhandlungen über eine Verlängerung sind bisher erfolglos. Eine Gefährdung durch mögliche Kampfhandlungen und Entführungen westlicher Ausländer ist dort nicht auszuschließen. In israelischen Städten in der Grenzregion zum Gazastreifen ist mit Raketenbeschuss zu rechnen.

EUPM (Bosnien und Herzegowina):

Die Sicherheitslage in Bosnien und Herzegowina ist trotz schwieriger innenpolitischer Verhältnisse stabil. EUPM hatte im Rahmen des Aufbaus einer multiethnischen Polizeistruktur zuletzt eine beratende Funktion bei der wichtigen Polizeireform im Lande. EUFOR trägt durch eine sichtbare Präsenz zur Stabilisierung der Gesamtlage bei. Forderungen – v. a. seitens des Ministerpräsidenten der Republika Srpska –, die Internationale Gemeinschaft solle Bosnien und Herzegowina möglichst bald verlassen, übertragen sich nicht in politisch motivierte Übergriffe gegen Missionsangehörige.

Militärische Gefährdungslage:

Einsatzgebiet Afghanistan:

Die Bedrohungslage in Afghanistan wird von einer Vielzahl verschiedener Faktoren bestimmt und in unterschiedlicher Ausprägung beeinflusst. Insgesamt ist die Bedrohung¹ in Afghanistan unverändert „erheblich“, in Nord-Afghanistan liegt sie zurzeit je nach Provinz zwischen „niedrig“ bis „erheblich“. Im Osten und Süden ist die Bedrohung weiterhin „erheblich“ bzw. „hoch“. In der Hauptstadt Kabul ist die Bedrohung „erheblich“.

Einsatzgebiet KFOR:

Die Bedrohungslage im Kosovo wird derzeit insgesamt mit „niedrig“, im überwiegend serbisch bewohnten Norden des Kosovo mit „mittel“ beurteilt. Das Eskalationspotenzial im Nord-Kosovo ist hoch.

Einsatzgebiet EUFOR:

Die Bedrohungslage in Bosnien wird derzeit mit „niedrig“ beurteilt.

¹ Um national wie international mit gleichen Begriffen und Definitionen zu arbeiten, werden nachfolgende Einstufungen genutzt:

NIEDRIG: Ein Staat, Organisation oder Gruppe verfügt über die Fähigkeit und/oder die Absicht, deutsche Streitkräfte und/oder verbündete Streitkräfte anzugreifen. Obwohl die grundsätzliche Möglichkeit besteht, liegen keine konkreten Anzeichen für bevorstehende Angriffe vor.

MITTEL: Ein Staat, Organisation oder Gruppe verfügt über die Fähigkeit und die Absicht, deutsche Streitkräfte und/oder verbündete Streitkräfte anzugreifen. Allgemeine, nicht spezifizierte Anzeichen deuten auf möglicherweise bevorstehende Angriffe hin.

ERHEBLICH: Ein Staat, Organisation oder Gruppe verfügt über die Fähigkeit und die Absicht, deutsche Streitkräfte und/oder verbündete Streitkräfte anzugreifen. Mit Angriffen wird in naher Zukunft gerechnet. Erkenntnisse zu konkreten Angriffszielen und -zeiträumen liegen nicht vor.

HOCH: Ein Staat, Organisation oder Gruppe verfügt über die Fähigkeit und die Absicht, deutsche Streitkräfte und/oder verbündete Streitkräfte anzugreifen. Angriffe gegen konkrete und spezifizierte Angriffsziele in definierten Angriffsräumen sind in einem bestimmten Zeitraum zu erwarten.

Einsatzgebiet EUMM:

Die Bedrohungslage wird in den von Georgien abtrünnigen Gebieten Abchasien und Südossetien und auf beiden Seiten der abchasischen und südossetischen Verwaltungsgrenzen als „mittel“, im Übrigen Georgien als „niedrig“ bewertet.

Einsatzgebiete UNMIS und UNAMID:

Die Bedrohungslage für deutsche Kräfte im Sudan wird als „mittel“ bewertet. Im Darfur und im Süd-Sudan wird die Bedrohung als „erheblich“ bewertet.

9. Welche mittlerweile abgeschlossenen Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Sicherheitskräfte haben deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte seit Beantwortung der letzten diesbezüglichen Anfrage (Bundestagsdrucksache 16/12968) begonnen, bzw. an welchen waren sie beteiligt?
- Wie lauteten die Bezeichnungen der Maßnahmen, und wo fanden sie statt?
 - Was waren die Ziele der Maßnahmen, wann haben sie begonnen, und wann wurden sie beendet?
 - Wie vielen und welchen ausländischen Sicherheitskräften wurde welche Art der Ausbildung gewährt?
 - Worin bestanden die Aufgaben und Tätigkeiten der deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten, und in welchen Stäben, Einrichtungen und sonstigen Stellen waren sie vertreten?
 - Wie viele deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte waren jeweils an den Maßnahmen beteiligt (bitte für die einzelnen Maßnahmen detailliert ausweisen)?
 - Welche Kosten entstanden der Bundesrepublik Deutschland für die Ausbildungsmaßnahmen, und aus welchen Haushaltstiteln wurden diese bestritten?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Bundespolizei:

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Türkei	Hospitation von 2 türkischen Urkundenexperten bei zentralen Urkundenlabor der BPOL Koblenz	20.–24.04.2009	1 024,18 €	Hospitation	Koblenz
Bosnien-Herzegowina	1a) Multiplikatoren Ausbildung Beweissicherung und Dokumentation 1b) Multiplikatoren Ausbildung Einsatztraining II 1c) Diensthundausbildung 2) Evaluierung und evtl. Anpassung der im März 2008 erarbeiteten Konzeption für die MSCU	01.03.–08.03.2009/ 01.03.–13.03.2009	8 201,14 €	Lehrgang	Sarajewo
Bosnien-Herzegowina	Einsatzbegleitende Fortbildung mit MSCU Capljina	23.04.–02.05.2009	2000,00 €	Lehrgang	Capljina
Bosnien-Herzegowina	Ausbildung für Diensthundmultiplikatoren der Border Police in Capljina	02.05.–09.05.2009	2000,00 €	Lehrgang	Capljina
Georgien	Erfahrungsaustausch im Bereich Aus- und Fortbildung zwischen dem AFZ GEO Grenzpolizei in Tiflis und dem AFZ SWT	30.11.–05.12.2008	7 912,48 €	Lehrgang	Tiflis
Georgien	Erfahrungsaustausch zum Thema Risiko- und Kriminalitätsanalyse	30.11.–05.12.2008	7 502,48 €	Lehrgang	Tiflis
Ukraine	Seminar zur Bekämpfung der Korruption	08.12.–13.12.2008	609,56 €	Lehrgang	Lübeck
Belarus	Lehrgang zur Bekämpfung der Urkundenkriminalität und des Dokumentenmissbrauchs in Minsk	11.–20.05.2009	3 338,03 €	Lehrgang	Minsk

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Belarus	„Bekämpfung illegale Migration“ durch GASIM in Minsk	28.06.–05.07.2009	3 000,00 €	Lehrgang	Minsk
Vereinigte Arabische Emirate	Schulung Luftsicherheitsprogramm in Abu Dhabi	19.04.–23.04.2009	500,00 €	Lehrgang	Abu Dhabi
Vereinigte Arabische Emirate	Schulung Qualitätsprogramm in Abu Dhabi	24.–28.05.2009	500,00 €	Lehrgang	Abu Dhabi
Vereinigte Arabische Emirate	Lehrgang „Polizeiliche Identitätsprüfung“ in Abu Dhabi	12.–20.07.2009	500,00 €	Lehrgang	Abu Dhabi
Kroatien	Multiplikatorenschulung im Erkennen und Bekämpfen von Urkundenfälschungen	04.–14.04.2009	1 729,43 €	Lehrgang	Kroatien

Bundeskriminalamt:

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Palästinensische Autonomiegebiete	Kriminalpolizeiliche Basisausbildung	18.04.– 18.06.2009	Lehrgang	AA-Titel, 107 670,00 €	Jericho
Marokko	Tatortarbeit bei Kapitaldelikten	04.05.– 08.05.2009	Lehrgang	9 000,00 €	Kenitra
Dominikanische Republik	Verhandlungen in Fällen von Geiselnahmen und Entführungen	11.05.– 22.05.2009	Lehrgang	10 000,00 €	Santo Domingo
Kirgisistan	Moderne Ermittlungs- und Fahndungsmethoden	11.05.– 15.05.2009	Lehrgang	14 000,00 €	Bischkek
Libanon	Bekämpfung der Kfz-Kriminalität	11.05.– 15.05.2009	Lehrgang	Interpol-Finanzierung	Beirut
Peru	Internationales Symposium zu den Themen „Synthetische Drogen, Kontrollierte Lieferungen sowie Einsatz Verdeckter Ermittler und Vertrauenspersonen“.	12.05.– 14.05.2009	Symposium	EU-Finanzierung	Lima
Tschechische Republik	Methoden der verdeckten Gewinnung von Audio- und Videoaufzeichnungen	24.05.– 29.05.2009			Jetetice
Mazedonien	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität (RG)	25.05.– 29.05.2009	Lehrgang	8 000,00 €	Skopje
Belarus	Operative Analyse	01.06.– 07.06.2009	Lehrgang	9 000,00 €	Minsk
Kolumbien	Tatortarbeit bei Kapitaldelikten	08.06.– 12.06.2009	Lehrgang	11 000,00 €	Bogota
Dominikanische Republik	Moderne Ermittlungs- und Fahndungsmethoden	08.06.– 12.06.2009	Lehrgang	16 000,00 €	Santo Domingo
Jordanien	Operative Analyse	05.07.– 13.07.2009	Lehrgang	9 000,00 €	Amman
Türkei	Verhandlungen in Fällen von Geiselnahmen und Entführungen	06.07.– 17.07.2009	Lehrgang	8 000,00 €	Ankara
Sierra Leone	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität	20.07.– 24.07.2009	Lehrgang	12 000,00 €	Freetown

Zu Frage 9a:

Deutsches bilaterales Polizeiberatersteam Afghanistan:

Kriminalpolizeiliche Aus- bzw. Fortbildungen, insbesondere Tatortarbeit; verbandspolizeiliche Fortbildung und polizeiliche Grundausbildung.

Zudem beteiligt sich Deutschland seit Anfang 2009 an der Polizeiausbildung auf Distriktebene nach dem Modell des „Focused District Development Programme“ (FDD). Zurzeit werden in fünf Distrikten insgesamt rund 250 afghanische Polizisten ausgebildet und nachbetreut.

Zu Frage 9c:

Mit Stand vom 27. Juli 2009 wurden rund 2 000 afghanische Polizisten vor Ort aus- bzw. fortgebildet.

Zu Frage 9e:

Neben den Projektkoordinatoren waren insgesamt 60 deutsche Trainingsexperten eingesetzt.

10. Welche Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Sicherheitskräfte führen deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte gegenwärtig durch, bzw. an welchen sind sie beteiligt?
- Wie lautet die Bezeichnung der Maßnahmen, und wo finden sie statt?
 - Was ist Ziel der Maßnahmen, wann haben sie begonnen, und bis wann sind sie voraussichtlich beendet?
 - Wie vielen und welchen ausländischen Sicherheitskräften wird welche Art der Ausbildung gewährt?
 - Worin bestehen die Aufgaben und Tätigkeiten der deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten, und in welchen Stäben, Einrichtungen und sonstigen Stellen sind sie vertreten?
 - Wie viele deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte sind jeweils an den Maßnahmen beteiligt?
 - Welche Kosten entstehen dem Bund für die Ausbildungsmaßnahmen, und aus welchen Haushaltstiteln werden diese bestritten?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Bundeskriminalamt:

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Panama	Operative Analyse	03.08.– 08.08.2009	Lehrgang	10 000,00 €	Panama

Deutsches bilaterales Polizeiberaterteam Afghanistan:

Derzeit werden 946 afghanische Polizisten aus- bzw. fortgebildet.

Neben den Projektkoordinatoren sind derzeit insgesamt 60 deutsche Trainingsexperten eingesetzt.

11. Welche Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Sicherheitskräfte sind für die nächste Zukunft geplant, welche Kosten werden dem Bund dafür entstehen, und aus welchen Haushaltstiteln sollen diese bestritten werden (bitte nach dem Schema der vorangegangenen Frage beantworten)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Bundespolizei:

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Aserbaidschan	Multiplikatorenschulung zu Maßnahme 1 in D	36. KW	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	3 000 €	Deutschland
Aserbaidschan	Maritime Schutz- und Überwachungsaufgaben von Ölplattformen und Versorgungseinrichtungen im kaspischen Meer	09/2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	6 000 €	Baku
Belarus	Seminar der Bundespolizeiakademie zur Thematik „Personalgewinnung, Ausbildung und Fortbildung von PVB“	31.08.–04.09.2009	Lehrgang	2 000,00 €	Lübeck

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Belarus	Seminar Einweisung Diensthundewesen in Minsk	24.–28.08.2009	Lehrgang	3 500,00 €	Minsk
Bosnien-Herzegowina	Multiplikatoren Ausbildung in den Bereichen Polizeitraining 2 und Ausbildung geschlossener Einsatz	16.08.–25.08.2009	Lehrgang	3 500 €	BIJELJINA
Bosnien-Herzegowina	Praktische Vollübung der MSCU und den Observationseinheiten	2009	Lehrgang	7 000 €	Sarajewo
Estland	Treffen von Analyse- und Statistikexperten bei der BPOLDIR Pirna	2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	250,00 €	Pirna
Estland	Informationsaustausch von Rückführungs- experten	2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	1 000,00 €	Tallinn
Estland	Hospitationsbesuch von estnischen Experten im Bereich Seeaufgaben der BPOL	2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	250,00 €	Bad Bramstedt
Estland	Informationensaustausch mit Beamten aus dem Bereich der Fliegergruppe der BPOL	2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	250,00 €	Sankt Augustin
Georgien	Multiplikatoren Schulung „Grenzmanagement, Grenzüberwachung, Einsatz von Streifen“	09/2009	Lehrgang	6.000 €	Tiflis
Georgien	Multiplikatoren Schulung „EU-/Schengenrecht und dessen Umsetzung in nationales Recht“	09/2009	Lehrgang	6 000 €	Tiflis
Georgien	Seminar „Schiffssicherung“ Einsatz	09/2009	Lehrgang	2 000 €	Neustadt/Ostsee
Kroatien	Lehrgang zum Erkennen von Urkundenfälschungen	2009	Lehrgang	3 500 €	Zagreb
Litauen	Informationsaustausch von Experten der Organisationsprüfgruppen	2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	1 000,00 €	Vilnius
Litauen	Dienstbegleitender Einsatz von PVB der BPOLI Hamburg bei der Flughafendienststelle	2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	1 000,00 €	Vilnius
Montenegro	Lehrgang zum Erkennen von Urkundenfälschungen	2009	Lehrgang	4 000 €	Podgorica
Montenegro	Multiplikatoren Schulung im Erkennen von Urkundenfälschungen	2009	Lehrgang	4 000 €	Podgorica
Russland	Besuch von Experten des Flugdienstes der Bundespolizei Deutschlands in Russland als Beobachter einer gemeinsamen Operation der Nachsuche und Rettens sowie der Verhinderung gesetzeswidriger Handlungen auf See, die von fliegerischen Einheiten des FSB Russlands und Einheiten der Nordöstlichen Grenzschutzverwaltung der Küstenwache des FSB Russlands durchgeführt wird.	08/2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	10 000 €	Kamtschatka
Russland	Besuch von Spezialisten der Küstenwache des Grenzdienstes des FSB Russlands in der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt zur Teilnahme an Veranstaltungen, die durch Deutschland im Rahmen der Präsidentschaft der Konferenz der grenzpolizeilichen Zusammenarbeit der Anrainerstaaten der Ostsee (BSRBCC) durchgeführt werden, und zur Erörterung von Fragen der Sicherheit auf See in der Ostsee sowie zur Prüfung der Möglichkeit der Organisation der Begleitung von Schiffen mit Gefahrgut durch ein automatisiertes System des Informationsaustausches.	09/2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	2 000 €	Bad Bramstedt
Russland	Besuch von Experten der Bundespolizeidirektion München bei der Regionalen Grenzschutzverwaltung des FSB Russlands für den Sibirischen Föderationsbezirk und bei der Grenzkontrollabteilung des FSB Russland des internationalen Flughafens Moskau Domodedowo zum Ziel des Informationsaustausches bei der Organisation und Durchführung der Grenzkontrolle mit dem Ziel der Feststellung ge- und verfälschter Dokumente.	10/2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	7 000 €	Moskau/Omsk

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Russland	Besuch der Bundespolizeiakademie der Bundespolizei (Leitungsebene) in Moskauer und Golizyner Grenzinstituten des FSB Russlands mit dem Ziel der Entwicklung der weiteren Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches im Bereich der Aus- und Fortbildung von Grenzpolizisten.	23.– 26.11.2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	3 500 €	Moskau/Golizyn
Russland	Besuch von Experten der Bundespolizeidirektion München bei der Regionalen Grenzschutzverwaltung des FSB Russlands für den Sibirischen Föderationsbezirk und bei der Grenzkontrollabteilung des FSB Russland des internationalen Flughafens Moskau Domodedowo zum Ziel des Informationsaustausches bei der Organisation und Durchführung der Grenzkontrolle mit dem Ziel der Feststellung ge- und verfälschter Dokumente.	10/2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	7 000 €	Moskau/Omsk
Russland	Besuch von Spezialisten der Küstenwache des Grenzdienstes des FSB Russlands in der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt zur Teilnahme an Veranstaltungen, die durch Deutschland im Rahmen der Präsidentschaft der Konferenz der grenzpolizeilichen Zusammenarbeit der Anrainerstaaten der Ostsee (BSRBCC) durchgeführt werden, und zur Erörterung von Fragen der Sicherheit auf See in der Ostsee sowie zur Prüfung der Möglichkeit der Organisation der Begleitung von Schiffen mit Gefahrgut durch ein automatisiertes System des Informationsaustausches.	09/2009	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	2 000 €	Bad Bramstedt
Saudi-Arabien	Grenzpolizeiliche Basisausbildung für Führungskräfte des saudischen Grenzschutzes	anlassbezogen im Jahr 2009 und 2010	Beratungs- und Trainings- maßnahmen	Reisekosten werden durch SDA übernommen	Riad Ar'Ar
Serbien	Ausbildung von 6-7 Bootsführern in DEU zu Multiplikatoren	2009	Lehrgang	15 000 €	Neustadt/Ostsee
Serbien	Lehrgang zur Organisation einer Bootshalle	2009	Lehrgang	2 800 €	Neustadt/Ostsee
Türkei	Lehrgang „Tatortarbeit bei Großschadensereignissen im Bahnverkehr“ bei der Generalsicherheitsdirektion Ankara	2009	Lehrgang	4 000 €	Ankara
Türkei	Lehrgang „Bekämpfung der Urkundenkriminalität“ Basis- bzw. Fortgeschrittenenlehrgang bei der Generalsicherheitsdirektion Ankara	2009	Lehrgang	4 000 €	Ankara
Ukraine	Besuch von Spezialisten der Abteilung für Risiko- und Kriminalanalyse zum Erfahrungsaustausch mit BPOL Kollegen BPOLAK+HH	34. KW	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	1 500 €	Hamburg
Ukraine	Langfristige Entsendung von Lehrkräften (1-2) der BPOL Akademie zu der Nationalen Akademie des Staatlichen Grenzdienstes der Ukraine	2. HJ/2009	Lehrgang	7 000 €	Kiew
Ukraine	Einweisung von ukrainischen Experten im Rahmen der Vorbereitung auf die Fußball-europameisterschaft „EURO – 2012“: Moderne Innovationstechnologien der Grenzkontrolle in Kiew	39. KW	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	3 000 €	Kiew
Ukraine	Besuch von Kadetten der Nationalen Akademie des Staatlichen Grenzdienstes der Ukraine bei der BPOLAK in Lübeck	40. KW	Arbeitsbesuch/ Lehrgang	10 000 €	Lübeck
Ukraine	Durchführung eines Seminars von Spezialisten der Bundespolizei in der Ukraine zum Thema Schleusung/GASIM	40. KW	Lehrgang	2 400 €	Kiew
Vereinigte Arabische Emirate	Unterstützungsleistung zu Prozessabläufen bei der Grenz- und Luftsicherheitskontrolle	09/2009	Lehrgang	500,00 €	Abu Dhabi
Vereinigte Arabische Emirate	Schulung Luftsicherheitsprogramm	11/2009	Lehrgang	500,00 €	Abu Dhabi

Bundeskriminalamt:

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Surinam	Operative Analyse	10.08.–15.08.2009	Lehrgang	10 000,00 €	steht noch nicht fest.
Indonesien	Verhandlungen in Fällen von Geiselnahmen und Entführungen	10.08.–14.08.2009	Lehrgang	10 000,00 €	steht noch nicht fest.
Tadschikistan	Moderne Ermittlungs- und Fahndungsmethoden	07.09.–11.09.2009	Lehrgang	14 000,00 €	steht noch nicht fest.
Togo	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität	07.09.–14.09.2009	Lehrgang	12 000,00 €	steht noch nicht fest.
Tadschikistan	Verhandlungen in Fällen von Geiselnahmen und Entführungen	14.09.–25.09.2009	Lehrgang	9 000,00 €	steht noch nicht fest.
Belarus	Kfz-Identifizierung	21.09.–26.09.2009	Lehrgang	10 000,00 €	Minsk
Oman	Operative Analyse	03.10.–11.10.2009	Lehrgang	8 000,00 €	Maskat
Senegal	OK-Bekämpfung mit Schwerpunkt RG	05.10.–09.10.2009	Lehrgang	15 000,00 €	Dakar
Mazedonien	Verhandlungen in Fällen von Geiselnahmen und Entführungen	05.10.–10.10.2009	Lehrgang	8 000,00 €	steht noch nicht fest.
Saudi-Arabien	Internetkriminalität im TE-Bereich	10.10.–14.10.2009	Lehrgang	8 000,00 €	steht noch nicht fest.
Türkei	Brandursachenermittlungen	19.10.–23.10.2009	Lehrgang	8 000,00 €	steht noch nicht fest.
Albanien	Rauschgiftbekämpfungs-Lehrgang (u. a. Schwerpunkt Kontrollierte Lieferungen)	26.10.–06.11.2009	Multinationaler Lehrgang	12 000,00 €	Tirana
Libanon	Personenschutzlehrgang inkl. vorheriger Bedarfserhebungsreise	Ende Oktober 2009	Lehrgang	20 000,00 €	Beirut

Deutsches bilaterales Polizeiberatersteam in Afghanistan:

Es sind allgemein-, grenz-, kriminal- und bereitschaftspolizeiliche Aus- und Fortbildungen vorgesehen. Weiterhin sind Hospitationsmaßnahmen für ausgewählte afghanische Polizisten in Deutschland in der Planung.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das FDD-Programm (Focused District Development). Ziel ist, 2009 in zehn ausgewählten Distrikten im Norden Afghanistans das Programm durchzuführen.

12. In welchem Rahmen sind außerdem noch deutsche Polizistinnen und Polizisten bzw. Zollbeamtinnen und -beamte im Ausland eingesetzt, und welche Tätigkeiten verrichten sie dort (bitte nach Einsatzländern und -orten sowie Zugehörigkeit zu Bundesländern/BKA/Bundespolizei aufgliedern)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

